

URI WELTMANN

## DER LANGE WEG NACH GAZA

**DIE JÜNGSTE ESKALATION DES ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHEN KONFLIKTS IN GAZA HAT VIELE URSACHEN, DARUNTER INSBESONDERE DIE POLITISCHE INTERESSENLAGE DER ISRAELISCHEN ELITEN**

Nahezu jede Zeitung oder Nachrichtensendung der Welt ist gegenwärtig bemüht, ihre LeserInnen oder HörerInnen zumindest oberflächlich (mitunter auch in allen Details) zu ZeugInnen der menschlichen Tragödie in Gaza zu machen. Die israelische Regierung unter der Führung von Benjamin Netanjahu begann in einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt einen ungerechten Krieg, der großflächige Zerstörungen und den Tod vieler Menschen zur Folge hat. Auch die Menschen in Israel sind Opfer der Strategie ihrer Regierung geworden. Sie haben nicht nur die Härten des Krieges zu ertragen, sondern werden auch, wenn der Pulverdampf der Schlacht sich gelegt hat, den wirtschaftlichen Preis bezahlen müssen.

Carl von Clausewitz' berühmter Ausspruch, wonach Krieg die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln sei, legt nahe, dass wir nur dann zu einem tieferen Verständnis der Ereignisse gelangen können, wenn wir die dem Krieg vorangehenden Entwicklungen genauer beleuchten. Für HistorikerInnen freilich ist die Wahl des Ausgangspunktes stets eine brisante Angelegenheit, bestimmt sie doch den Blick auf die Ereignisse. Ausgangspunkt für den hier eingeschlagenen «langen Weg nach Gaza» ist das Jahr vor Kriegsbeginn, d. h. der Zeitpunkt, an dem sich Netanjahu – nach mehreren Jahren der politischen Sprachlosigkeit – am Verhandlungstisch wiederfand.

### ISRAELISCHE UND INTERNATIONALE ÖFFENTLICHE MEINUNG ERZWANGEN GESPRÄCHE

Die lange Phase der Verhandlungsabstinenz zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) wurde am 30. Juli 2013 mit der Wiederaufnahme der Gespräche unter Vermittlung der USA durchbrochen. Allerdings ging der israelische Ministerpräsident mit wenig Begeisterung in die Verhandlungen, war er doch davon überzeugt, dass es besser sei, die Besatzung «zu verwalten», denn zu beenden. Dem Druck aus Israel und dem Ausland hatte er jedoch wenig entgegenzusetzen.

Innenpolitischer Druck entstand durch die Ergebnisse der Parlamentswahlen im Januar 2013, in denen sich die Mehrheit der Israelis für Parteien aussprach, die in Worten (nicht unbedingt in Taten) die Idee einer Zweistaatenlösung befürworteten. Einer Meinungsumfrage vom Juli 2013 zufolge sprachen sich zu diesem Zeitpunkt 59 Prozent der israelischen StaatsbürgerInnen für eine Wiederaufnahme der

Verhandlungen aus; 55 Prozent unterstützten die Schaffung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels.<sup>1</sup>

Außenpolitischer Druck wurde unter anderem mithilfe der neuen Förderrichtlinien der Europäischen Kommission aufgebaut. Entsprechende finanzielle Unterstützung können demnach nur noch israelische Projekte erhalten, die nicht in den palästinensischen Autonomiegebieten des Westjordanlandes, in Ostjerusalem oder in den besetzten syrischen Golanhöhen angesiedelt sind.

### VERHANDLUNGEN BEI PARALLELER ZEMENTIERUNG DER BESATZUNG

Netanjahu und seine Regierung sahen sich aufgrund des inneren und äußeren Drucks somit zu Verhandlungen gezwungen, an deren Abschluss sie kein wirkliches Interesse hatten. Von Anfang an suchte Netanjahu Fakten zu schaffen, die die Verhandlungen zum Scheitern bringen konnten. Insbesondere forcierte er den Bau neuer Wohneinheiten in den Siedlungen. Während der neunmonatigen israelisch-palästinensischen Gespräche (von August 2013 bis April 2014) bestätigte die Regierung z. B. Pläne und Ausschreibungen für mindestens 13.581 neue Wohneinheiten in den Siedlungen, d. h. durchschnittlich mehr als 50 Einheiten pro Verhandlungstag. Auf das Jahr bezogen vervierfachten sich die Ausschreibungen gegenüber den Jahren zuvor.<sup>2</sup>

Zu den Querschüssen gehörte zudem die Permanenz militärischen Gewalteinsatzes: Einem Bericht der Verhandlungsabteilung der PLO zufolge starben bei Aktionen der israelischen Armee während der neun Verhandlungsmonate 61 PalästinenserInnen; 1.054 Personen wurden seitens des israelischen Militärs bzw. von israelischen Sicherheitskräften

ten verletzt. Im gleichen Zeitraum ereigneten sich 660 Übergriffe von SiedlerInnen auf palästinensische ZivilistInnen und palästinensisches Eigentum. Parallel zum Ausbau der Siedlungen zerstörten die israelischen Behörden weiterhin Häuser von PalästinenserInnen: 508 Gebäude wurden abgerissen und 878 Menschen gewaltsam vertrieben. Zudem führten israelische Sicherheitskräfte 4.500 Razzien durch, bei denen 3.674 PalästinenserInnen verhaftet wurden.<sup>3</sup>

Die israelische Behauptung, an einer friedlichen Lösung des Konflikts zu arbeiten, wurde auf diese Weise ad absurdum geführt. Warum schuf die Regierung durch die Erweiterung von Siedlungen z.B. neue Fakten, die einer Zweistaatenlösung zuwiderlaufen, wenn sie ernsthaft eine einvernehmliche Grenzziehung zwischen Israel und Palästina anzustreben sucht? Warum vertrieb sie PalästinenserInnen aus ihren Häusern in besetzten Ostjerusalem bzw. siedelte sie dort jüdische Israelis an, wenn sie einen Kompromiss in der Jerusalemfrage zu suchen bereit ist? Der Kuchen, über dessen Aufteilung man mit einer anderen Partei noch diskutierte, wurde also bereits gegessen.

### **EINE REGIERUNG DER FALKEN, DIE SICH JEDER «ZWEISTAATENLÖSUNG» WIDERSETZT**

Die skizzierten Widersprüche werden verständlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die rechtsgerichtete israelische Regierung wenig Interesse an einer tatsächlichen Einigung mit den PalästinenserInnen hat. Das bezeugen nicht nur ihre Taten, sondern auch zeitgleiche Äußerungen führender israelischer PolitikerInnen.

Hinter verschlossenen Türen äußerte etwa Netanjahus Koalitionspartner, der rechtsgerichtete Wirtschaftsminister und Kopf der extremistischen Partei Ha-Bajit Ha-Jehudi (Jüdisches Heim), Naftali Bennett, das Verhandlungsziel bestehe in der «Torpedierung jedweder Vereinbarung und in der Verhinderung jeglicher Schritte, die zu einer Aufweichung der Grenzen von 1967 führen».<sup>4</sup> Der Minister für Bauwesen und Wohnungsbau, die Nummer Zwei in der Partei Jüdisches Heim, Uri Ariel, erklärte apodiktisch: «Zwischen dem Jordan und dem Meer wird es nur einen Staat geben, und dieser Staat wird Israel sein. Jerusalem wird nicht erneut geteilt werden. Es gibt keinen Baustopp und es wird auch keinen geben, das lassen wir nicht zu.»<sup>5</sup>

Anstatt die neun Monate andauernden Verhandlungen zu nutzen, um konstruktiv tragfähige Lösungen zu entwickeln, die sowohl die legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes als auch den Schutz und die Sicherheit der Bürger Israels zu garantieren vermögen, torpedierte die rechtskonservative israelische Regierung die Verhandlungen somit. Sie spielte auf Zeit und wartete auf den unvermeidlichen Zusammenbruch der Gespräche. Im Oktober 2013 zitierte die in London ansässige Zeitung Al-Hayat zumindest westliche diplomatische Kreise mit den Worten, die israelisch-palästinensischen Gespräche seien aufgrund der «israelischen Weigerung, ernsthaft über Grenzen zu verhandeln», in eine Sackgasse geraten.<sup>6</sup>

### **DIE US-REGIERUNG – KEIN NEUTRALER VERMITTLER**

Obwohl die Gespräche zwischen Israelis und PalästinenserInnen vom US-Außenminister John Kerry kontinuierlich begleitet wurden, konnte dieser keinesfalls als neutraler Vermittler gelten. Israel ist nach wie vor größter Empfänger

US-amerikanischer Militärhilfe; zwischen 2009 und 2018 wird er insgesamt 30 Milliarden US-Dollar erhalten.<sup>7</sup> Als strategischer Verbündeter der USA in der Region kommt Israel eine Schlüsselrolle in jedem künftigen Nahostkrieg zu, soweit US-Interessen im Spiel sind, sei es z. B. in Bezug auf Syrien oder den Iran.

Infolge ihrer generellen Interessenlage behält die Regierung Obama in der Nahostregion weitgehend den Kurs der vorherigen US-Regierungen bei. Die Annektierung palästinensischer Gebiete und die zwangsweise Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern ist ihr ein vergleichsweise kleiner Preis für den Erhalt und Ausbau der strategischen Allianz zwischen der größten Supermacht der Welt und ihrem treuesten Verbündeten im Nahen Osten.

Die Grundhaltung der US-Regierung zu den israelisch-palästinensischen Verhandlungen wurde von linken palästinensischen Parteien kritisiert. Sie verwies darauf, dass Kerrys Vorschläge auf die «Liquidierung der Palästinafrage und die Verlängerung der israelischen Besatzung» abzielten.<sup>8</sup> Gleichmaßen bestätigte der Lauf der Ereignisse die Befürchtung der Kommunistischen Partei Israels, wonach gerade die Wahl der USA als Vermittler verhinderte, dass Bedingungen zustande kamen, wie sie für einen Erfolg der Gespräche erforderlich gewesen wären.<sup>9</sup>

### **GESPRÄCHE SCHEITERTEN AN DER FRAGE DER PALÄSTINENSISCHEN GEFANGENEN**

Nachdem der palästinensische Aufschrei über die Fortsetzung des Siedlungsbaus auf taube Ohren gestoßen war, scheiterten die Gespräche letztlich an der Frage der palästinensischen Gefangenen. Zum gegebenen Zeitpunkt saßen in israelischen Gefängnissen 5.053 palästinensische Gefangene ein, darunter viele sogenannte Administrativhäftlinge, die ohne rechtsstaatliche Verfahren für lange Zeit hinter Gitter gebracht worden waren.<sup>10</sup>

Zu Beginn der Verhandlungen hatte sich Israel zur Freilassung von 104 Gefangenen in vier Etappen verpflichtet. Dieser Vereinbarung kam die israelische Regierung zunächst auch nach, indem sie trotz heftiger Kritik seitens der in der Regierungskoalition befindlichen Ultrarechten (und erstaunlicherweise auch der eher als «Tauben» bekannten Oppositionspartei Meretz<sup>11</sup>) die ersten drei Gruppen freiließ.

Als sich der Verhandlungsprozess jedoch seinem Ende näherte, kündigte Israel an, die vierte Gruppe bleibe in Gewahrsam. Daraufhin entschied sich der palästinensische Präsident Abu Mazen, die weitere Entwicklung in die eigene Hand zu nehmen. Er erklärte im Namen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), sie werde 15 internationale Abkommen unterzeichnen, darunter auch die Genfer Konvention.

Der palästinensische Außenminister, Riyad Maliki, erklärte freimütig, der Schritt der PA sei eine Antwort auf Israels Weigerung, die vierte Gruppe von Gefangenen zu entlassen. Israels Entscheidung, der eingegangenen Verpflichtung nicht nachzukommen, habe die PalästinenserInnen ihrerseits dazu gebracht, sich ebenfalls nicht mehr an ihr Versprechen gebunden zu fühlen, keine neuen Anerkennungsanträge an internationale Institutionen zu stellen.<sup>12</sup> Bestätigt wird obige Einschätzung durch Amos Harel, Journalist der Tageszeitung *Haaretz* und Experte für militärische Fragen. Netanjahu habe versucht, Abu Mazen die Schuld (am Scheitern der Gespräche) in die Schuhe zu schieben, so Harel.<sup>13</sup>

## NETANJAHU ERNEUT UNTER DRUCK

Auf das Scheitern der Gespräche zwischen Israel und der PLO folgten weitere Herausforderungen, die Netanjahus Strategie, die Besetzung fortzusetzen und eine friedliche Lösung hinauszuzögern, infrage stellten – die Bildung der palästinensischen Einheitsregierung und der Hungerstreik Hunderter palästinensischer Gefangener.

Nachdem im April 2014 ein «Versöhnungsabkommen» zwischen den führenden palästinensischen politischen Parteien Fatah und Hamas erreicht worden war, wurde eine neue palästinensische Regierung gebildet. Israel kündigte sofort an, mit der «Einheitsregierung» kein Friedensabkommen aushandeln zu wollen, sondern stattdessen weitgehende Strafmaßnahmen gegen die PA einzuleiten. Zeitgleich erkannten große Teile der internationalen Gemeinschaft, darunter auch die USA und die EU, die neue palästinensische Regierung an. Netanjahu beschuldigte Abu Mazen zudem, er habe «Ja» zum Terrorismus und «Nein» zum Frieden» gesagt. Dies sei «eine direkte Fortsetzung der Strategie, den Frieden abzulehnen».<sup>14</sup>

In der Vergangenheit jedoch hatte Netanjahu wiederholt öffentlich bekundet, Verhandlungen mit Abu Mazen seien zwecklos, da dieser nicht für die von der Hamas regierten 1,8 Millionen PalästinenserInnen des Gazastreifens, sondern nur für die 2,7 Millionen Menschen im Westjordanland sprechen könne. Nach Bildung der Einheitsregierung galt plötzlich die gegensätzliche Argumentation: Verhandlungen mit Abu Mazen seien zwecklos, da es sich bei der Hamas um eine terroristische Organisation handle, die von Verhandlungen ausgeschlossen bleiben müsse. Die rhetorischen Verrenkungen verdeutlichen einmal mehr die generell ablehnende Haltung der derzeitigen israelischen Regierung gegenüber jedem produktiven Verhandlungsgeschehen.

Die zweite für Netanjahu politisch bedenkliche Entwicklung war der Beginn eines Hungerstreiks palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen am 24. April 2014. Der Streik ging zunächst ausschließlich von «Administrativhäftlingen» aus, das heißt von Personen, die ohne Prozess und im Widerspruch zum internationalen Recht im Gefängnis sitzen. Bald jedoch beteiligten sich weitere Gefangene am Streik und der Protest wurde zunehmend international wahrgenommen. Nicht zuletzt UN-Generalsekretär Ban Ki Moon äußerte Bedenken über den sich verschlechternden Gesundheitszustand der in Administrativhaft einsitzenden palästinensischen Häftlinge.<sup>15</sup>

Angesichts beider Entwicklungen wuchs der politische Druck seitens der internationalen Gemeinschaft auf die israelische Exekutive. Immer häufiger wurde Netanjahus fehlende Bereitschaft kritisiert, auf die Forderungen der Gefangenen einzugehen bzw. wurde ihm vorgeworfen, schuld am Scheitern der Friedensgespräche zu sein und Verhandlungen mit der palästinensischen Einheitsregierung strikt abzulehnen. Netanjahu brauchte nunmehr dringend eine Chance, das Blatt zu seinen Gunsten zu wenden.

## DIE ENTFÜHRUNG

Am 12. Juni 2014 wurden drei israelische Teenager, Eyal Ifrach, Gilad Shaar und Naftali Frenkel, aus Siedlungen in der Nähe von Hebron, tief im besetzten Westjordanland, als vermisst gemeldet. Ein abrupt abbrechender Anruf eines der Teenager bei der Polizei legte die Entführung durch PalästinenserInnen nah. Sofort verwies die israelische Regierung auf die Hamas-Führung als Verantwortliche für die Entfüh-

rung und setzte eine Suchaktion (Operation Brother's Keeper) in Gang. Starke Militärverbände marschierten ins Westjordanland ein, Hunderte PalästinenserInnen, darunter auch zahlreiche Kinder, wurden verhaftet und mindestens fünf PalästinenserInnen getötet. Unter den Verhafteten befanden sich Hamas-Angehörige, unter anderem Mitglieder des Palästinensischen Legislative Council, sowie Mitglieder verschiedener Parteien, die bei einem Gefangenaustausch im Oktober 2011 freigekommen waren.<sup>16</sup>

Israel wurde im In- und Ausland beschuldigt, eine Kollektivstrafe über die PalästinenserInnen zu verhängen. Nicht zur Kenntnis genommen wurde, dass die Hamas-Führung von Anbeginn betont hatte, keine Verbindung zur bzw. Verantwortung für die Entführung zu haben. Auch Abu Mazen wiederholte mehrfach, es fehle jedweder Beweis für eine Beteiligung der Hamas. Gleichzeitig betonte er, die Entführung der jüdischen Jugendlichen sei «weder gerechtfertigt noch akzeptabel».<sup>17</sup>

Vor dem Hintergrund der Entführung und der erneuten schweren Repressionen im Westjordanland wurden alle Probleme, die Netanjahu nur wenige Wochen zuvor den Schlaf geraubt haben mögen, hinfällig. Der in Vergessenheit geratene Hungerstreik der palästinensischen Gefangenen endete am 25. Juni 2014 praktisch ergebnislos. Selbst das missglückte Ende von neun Monaten des Verhandeln und Israels Weigerung, die palästinensische Einheitsregierung anzuerkennen, spielten für die internationalen Mächte kaum noch eine Rolle. Ausländische Regierungen kritisierten vorsichtig die groben Menschenrechtsverletzungen im Westjordanland; drückten vor allem jedoch ihre Sorge um das Leben der drei entführten Jugendlichen aus.

Am 30. Juni wurden die Leichen der israelischen Teenager nahe Hebron gefunden. Kurz darauf veröffentlichte die israelische Regierung den Telefonanruf, den einer der drei Jugendlichen bei seiner Entführung bei der Polizei absetzen konnte. In der Aufnahme waren deutlich Schüsse zu hören. Dies führte zu Fragen. Warum hatte Netanjahu permanent von einer Entführung und nicht von einer möglichen Ermordung der Jugendlichen gesprochen? Warum hatte er der israelischen Öffentlichkeit versichert, er gehe davon aus, sie seien noch am Leben? Die vorsichtig geäußerte Vermutung, Netanjahu habe die öffentliche Sorge um das Leben der drei Teenager ausgenutzt, um Unterstützung für eine massive Militäraktion gegen Hamas zu erlangen, wird zumindest durch eine Aussage des Sprechers der israelischen Polizei, Mickey Rosenfeld, bestärkt. Rosenfeld meinte, freilich zu einem späteren Zeitpunkt, die Entführung habe weder auf Befehl noch mit Wissen der Hamas-Führung stattgefunden; das Verbrechen sei möglicherweise die Aktion einer «isoliert handelnden Zelle» gewesen.<sup>18</sup>

## «HAMAS TRÄGT DIE VERANTWORTUNG UND HAMAS WIRD DAFÜR BEZAHLEN»

Netanjahu jedoch beschuldigte weiterhin unentwegt Hamas, die drei Teenager ermordet zu haben. Sein Wunsch nach militärischer Vergeltung traf sich mit der Stimmungslage in der von Trauer erfüllten israelischen Öffentlichkeit. Darüber hinaus nutzten ultrarechte israelische Gruppen die durch die Entführung angeheizte nationalistische Stimmung für zahlreiche Gewaltakte gegen arabische BürgerInnen Israels sowie gegen PalästinenserInnen in den Autonomiegebieten. Am 2. Juli 2014 etwa wurde der 16-jährige Palästinenser Mohammed Abu Khdeir aus dem besetzten Ostjerusalem

von rassistischen Israelis entführt und bei lebendigem Leibe verbrannt. In Ostjerusalem löste die grausame Tat schwere Krawalle aus, die sich später auf weitere Orte ausbreiteten.

Die Auseinandersetzungen eskalierten von Tag zu Tag. In dieser Situation begannen Mitglieder der Organisation Islamischer Dschihad aus dem Gazastreifen heraus Raketen auf Israel zu feuern, um gegen die Massenverhaftungen im Westjordanland zu protestieren. Die israelische Regierung, die im Verlauf der letzten beiden Wochen, d. h. nach dem Kidnapping, über 80 Luftangriffe auf Gaza durchgeführt hatte<sup>19</sup>, eskalierte ihrerseits die Situation. Am 8. Juli 2014 kündigte sie die Militäroperation Protective Edge an. Der Gazastreifen wurde das Ziel massiver Luftschläge bzw. des Artilleriebeschusses. Mit Beginn der Bodenoffensive am 17. Juli spitzte sich die Situation weiter zu. Viele Menschen starben (bis Anfang August ca. 1.800, unter ihnen viele Frauen und Kinder), wurden verwundet oder aus ihren Häusern vertrieben. Zahlreiche Häuser und die Infrastruktur des Gazastreifens wurden zerstört. Über 60 israelische Soldaten sowie drei israelische ZivilistInnen kamen im Gazastreifen bzw. im Süden Israels ums Leben.<sup>20</sup>

### **NICHT KRIEG, SONDERN EINZIG FRIEDEN WIRD SICHERHEIT BRINGEN**

Während des letzten Jahrzehnts hat Israel Gaza mehrfach angegriffen. Die Operationen hießen Rainbow (Mai 2004), Days of Penitence (September 2004), Summer Rains (Juni 2006), Autumn Clouds (Oktober 2006), Hot Winter (Februar 2008), Cast Lead (Dezember 2008), Pillar of Defense (November 2012) und nunmehr Protective Edge.

Jede «erfolgreiche» Militäroperation jedoch schuf lediglich Voraussetzungen für einen weiteren Krieg. Einzig ein dauerhafter Frieden scheint den Teufelskreis der Gewalt durchbrechen bzw. die Rechte und Sicherheit beider Völker garantieren zu können. Ein solcher Frieden muss auf der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite Israels innerhalb der Grenzen der «Grünen Linie» vom 4. Juli 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt beruhen. Alle israelischen Siedlungen sowie die Trennmauer müssen demontiert und die in israelischen Gefängnissen inhaftierten PalästinenserInnen freigelassen werden. Auch für das palästinensische Flüchtlingsproblem muss eine gerechte Lösung auf Grundlage der entsprechenden UN-Resolutionen gefunden werden.

Seit Jahrzehnten kämpft die israelische Friedensbewegung für eine politische Lösung des Konflikts. Sie ging von ihren Grundsätzen auch während der jüngsten Eskalation nicht ab. In den größeren israelischen Städten kam es zu Antikriegsdemonstrationen. Sprechchöre waren zu hören wie «Juden und Araber weigern sich, Feinde zu sein!» und «Unsere Kinder wollen leben – im (palästinensischen) Gaza wie im (israelischen) Sderot!». Auf dem Rabin-Platz im Herzen Tel Avivs versammelten sich am 26. Juli z. B. Tausende Menschen zu einer erstaunlich optimistischen jüdisch-arabischen Friedensdemonstration, die durch Angriffe rechter Schlägertrupps und die Einmischung der Polizei letztlich nicht unwirksam gemacht werden konnte.

Tel Aviv, 4. August 2014

Uri Weltmann ist Mitglied der Leitung des *Emil Touma Institute for Palestinian and Israeli Studies* in Haifa und Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Israels.

### **ANMERKUNG:**

Mit vorliegender Kurzanalyse (gekürzte Fassung des auf Englisch vorliegenden Beitrags [www.rosalux.co.il/files/uploaded/NWL072014-Weltmann-PDF.pdf](http://www.rosalux.co.il/files/uploaded/NWL072014-Weltmann-PDF.pdf)) wird keineswegs beabsichtigt, alle Facetten und Verstrickungen der Vorbereitung, des Verlaufs und der – noch nicht vollends absehbaren – Nachwirkungen der jüngsten militärischen Operation der israelischen Armee in Gaza umfassend darzustellen. Auch bleiben andere wichtige Konfliktlinien weitgehend unbelichtet bzw. werden lediglich in Nebensätzen erwähnt – seien es die Positionen internationaler und regionaler Akteure (außer der USA), der Verlauf und die Ergebnisse der Militäraktion, die Unverhältnismäßigkeit im konkreten Gewalteininsatz, die in Israel existenten Raketenphobien und Tunnelsynndrome als zentrale Bezugspunkte psychologischer Kriegsführung u. a. m.

Nicht thematisiert werden gleichfalls die realen bzw. vermeintlichen politischen und militärischen Zielsetzungen der Hamas, deren Massenbasis, militärische Stärke und konkrete Kriegsführung (u. a. die Gefahren seitens der Hamas-Raketen für das israelische Kernland), die gesellschaftlichen und mentalen Auswirkungen der israelisch-ägyptischen Gazablockade, die humanitären Defizite im Umgang mit der Gaza-Bevölkerung und viele andere bedeutsame Konfliktursachen, die jeweils eine eigenständige umfassende Analyse und Darstellung verdienen.

Tel Aviv, 14. August 2014

Angelika Timm

<sup>1</sup> Vgl. Nachrichtenportal Mako, 22.7.2013, <http://tinyurl.com/mako220713> (Hebräisch). <sup>2</sup> Peace Now: «9 Months of Talks, 9 Months of Settlement Development», 29.4.2014, <http://tinyurl.com/peacenow290414> (Englisch). <sup>3</sup> NAD-PLO: «Israeli Violations During the Nine Months Negotiation Process», 29.4.2014, <http://tinyurl.com/plo290414> (Englisch). <sup>4</sup> The Jerusalem Post, 20.1.2014, <http://tinyurl.com/jpost200114> (Englisch). <sup>5</sup> The Times of Israel, 28.5.2014: <http://tinyurl.com/toi280514> (Englisch). <sup>6</sup> The Jerusalem Post, 1.10.2013: <http://tinyurl.com/jpost011013> (Englisch). <sup>7</sup> Ynet, 18.12.2009: <http://tinyurl.com/ynet181209> (Englisch). <sup>8</sup> Ma'an News Agency, 25.1.2014: <http://tinyurl.com/ma-an250114> (Englisch). <sup>9</sup> Zo HaDerekh, 28.8.2013: <http://tinyurl.com/zohaderekh280813> (Hebräisch). <sup>10</sup> B'Tselem – The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories: Statistics on Palestinians in the custody of the Israeli security forces, <http://tinyurl.com/btselem070714> (Englisch). <sup>11</sup> Nitzan Horowitz, Abgeordneter der Knesset: «I am deeply opposed to release of terrorists at this time», 29.12.2013: <http://tinyurl.com/meretz291213> (Hebräisch). <sup>12</sup> Haaretz, 2.4.2014: <http://tinyurl.com/haaretz020414> (Englisch). <sup>13</sup> Haaretz, 4.4.2014: <http://tinyurl.com/haaretz040414> (Englisch). <sup>14</sup> The Jewish Press, 3.6.2014: <http://tinyurl.com/n2oc39y> (Englisch). <sup>15</sup> UN News Centre: «Ban concerned at reports of worsening health of Palestinian detainees on hunger strike», <http://tinyurl.com/un060614> (Englisch). <sup>16</sup> Al-Ahram, 3.7.2014: <http://tinyurl.com/alahram030714> (Englisch). <sup>17</sup> Xinhua, 22.6.2014: <http://tinyurl.com/xinhua220614> (Englisch). <sup>18</sup> New York Magazine, 25.7.2014: <http://tinyurl.com/nymag250714> (Englisch). <sup>19</sup> Reuters, 29.6.2014: <http://tinyurl.com/reuters290614> (Englisch). <sup>20</sup> Siha Mekomit, 3.8.2014: <http://tinyurl.com/mekomit030814> (Hebräisch).

---

### **IMPRESSUM**

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: August 2014

Übersetzung: Tim Jack (linguafair)

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling